

## Rede vom 24. November 2006, Haushaltspolitik

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich als Ausschussvorsitzender ausdrücklich bedanken; Kollegin Lührmann hat dies schon getan. Ich will das diesmal nicht nur dadurch tun, dass ich sage: Danke für die Arbeit des Ausschusses und des Sekretariats! Dieses Jahr war ein hartes, arbeitsreiches Jahr für den Haushaltsausschuss: allein 16 Sitzungen im Rahmen der Ausschussberatungen, Berichterstattergespräche, 101 Sitzungsstunden, 2 234 Änderungsanträge, über 5000 Protokollseiten, eine Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz und etliche Sondersitzungen. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und das Ergebnis: die niedrigste Nettokreditaufnahme seit der Wiedervereinigung!)

Diese Leistung wäre ohne das Sekretariat nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich will gleichzeitig etwas zur Stimmung im Ausschuss sagen. Gerade wenn man so viel miteinander zu tun hat, könnte es leicht sein, dass man aneinander gerät.

Wir haben das im Ausschuss – das muss ich ausdrücklich sagen – im Wesentlichen vermieden. Man führt schon einmal Diskussionen und hat auch einmal Streit. Aber das Entscheidende ist, wie schnell man vom Streit wieder zum Inhalt kommt. Auch hier bedanke ich mich als Ausschussvorsitzender, der ein Jahr hinter sich gebracht hat, ausdrücklich dafür, dass wir effektiv und damit letztlich für den Steuerzahler gearbeitet haben. (Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Kommen wir nun zur Bundesregierung. Herr Minister, haben Sie gemerkt, dass die FDP am Anfang Ihrer Rede begeistert war? Die FDP war deswegen begeistert, weil sie wusste, Sie wenden sich an die Ausgabenpolitiker in der großen Koalition und insbesondere an das Kabinett, das schon ganz ängstlich geschaut und sich gefragt hat, wie viel Geld Sie ihm noch wegnehmen wollen. (Beifall bei der FDP)

Es ist richtig: Zum Schlechten gehört auch das Gute. – Das Gute ist: Die Arbeitslosigkeit sinkt. Die Steuereinnahmen steigen und die Neuverschuldung sinkt etwas. Das ist positiv.

Die negative Bilanz – fangen wir einmal langsam an –: Die Investitionsquote stagniert. Die Ausgaben steigen. Die Steuern und die Abgaben steigen prozentual. Die Gesamtverschuldung steigt. Die Bürokratie wächst und der Reformdruck scheint in diesem Jahr eher zu sinken als zu steigen. (Beifall bei der FDP sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt: Die entscheidende Frage ist, ob Deutschland besser dasteht. Ich sage Ihnen: Deutschland steht nicht besser da; es sieht dieses Jahr nur etwas besser aus. (Beifall bei der FDP sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Haushalt der Bundesrepublik Deutschland wirkt in dieser großen Koalition ein wenig wie ein altes Haus. Es hat ein schwarzes undichtes Dach, etwas mürbe rote Backsteine und es zieht. Die Leitungen sind undicht und die Elektrik funktioniert nicht mehr. (Joachim Poß [SPD]: Hätten Sie doch gesagt: eine Kater!)

Aber was machen Sie? Sie sagen: Wir machen einmal eine Mieterhöhung – das nennt sich auch „Mehrwertsteuererhöhung“ – und holen uns mehr Geld vom Steuerzahler. Was machen Sie – das ist für die FDP das Enttäuschende

– mit den Mietmehreinnahmen? Sie streichen das Haus rosa an und sagen den Bürgern: Schaut einmal, wie toll das Haus aussieht! Geht er in das Haus hinein, erlebt er, wie es wirklich aussieht. (Beifall bei der FDP – Joachim Poß [SPD]: Wir machen energetische Gebäudesanierung!)

Dieser Haushalt ist – Herr Minister, darin sind wir uns wahrscheinlich einig; denn Sie haben bewusst gesagt, wir müssten noch viel mehr tun – ein Haushalt der vertanen Chancen. (Beifall bei der FDP)

Wollen Sie sich wirklich in 20 Jahren so wie damals Norbert Blüm – das gilt für das ganze Kabinett – fragen lassen: Warum habt ihr damals, 2006, als es mit der Wirtschaft zum ersten Mal wieder richtig aufwärts ging, nicht umgedreht? Warum habt ihr nur ein bisschen hier und ein bisschen da gemacht und euch darin gesonnt, was ihr im ersten Jahr erreicht habt?

Die Chancen sind auch noch aus einem anderen Grund historisch gut. Sie haben im Bundestag und im Bundesrat gigantische Mehrheiten. Sie stehen am Beginn einer Legislaturperiode und nicht am Ende, wo Sie unter dem Druck stehen, etwas für die nächste Wahl zu tun. Sie haben ein hervorragendes Wirtschaftswachstum und Sie haben eine positive Arbeitsmarktentwicklung. Wann, wenn nicht jetzt, hätte eine solche Regierung die Möglichkeit, klare Linien für die Zukunft zu ziehen? Aber sie tut es leider nicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben hier ausgeführt, dass Sie gegenüber der **Steuerschätzung** vom Mai im nächsten Jahr 9 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen haben werden. Das ist durchaus richtig. Aber was bleibt unterm Strich übrig? Von den zusätzlichen 9 Milliarden Euro bleiben für die Konsolidierung des Haushalts 2007 gerade einmal 2,4 Milliarden Euro übrig. Das ist zu wenig. (Beifall bei der FDP)

Die **Mehrwertsteuererhöhung** ist hier immer wieder Thema gewesen. Wir kennen ihre Auswirkungen noch nicht, aber jeder spricht von einer Dämpfung. Aber ist es gut, dämpfend auf das Kauf- und Investitionsverhalten zu wirken, wenn man ein Land umbauen will? Wenn man den Umbau eines Landes will und eine Möglichkeit sieht, voranzukommen, dann darf man doch nicht die stärkste Wachstumslokomotive stoppen. Das hält meine Fraktion, die FDP-Fraktion, für vollkommen falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich weiß, Sie können unser Sparbuch zum Verrecken nicht mehr sehen. (Dirk Niebel [FDP]: Müssen sie aber!)

Das zeigt uns aber: Jetzt ist es bei Ihnen und bei den Bürgern richtig angekommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind eine Oppositionsfraktion, die im Gegensatz zu allen anderen Oppositionsfraktionen in der Vergangenheit – von der SPD habe ich so etwas noch nie gesehen – konkrete Vorschläge macht und nicht einfach nur Sparen fordert. Wir können uns an unseren Vorschlägen messen lassen. Man kann darüber streiten, ob sie gut oder schlecht sind. Ich will gar nicht bestreiten, dass darunter auch schlechte Vorschläge sind. Aber auch Sie werden zugeben müssen, dass es im Haushalt so manche Ausgabenposition gibt, die nicht gut ist. Wir haben in unseren Vorschlägen auch eine Gegenfinanzierung aufgezeigt, sodass wir fordern können, auf die Mehrwertsteuererhöhung in der jetzigen Situation zu verzichten.

(Beifall bei der FDP)

Ich will auf einen anderen Punkt hinaus. Fast haben wir schon wieder vergessen, welches Rauschen durch den Blätterwald ging, als die **Steuermehreinnahmen** offensichtlich wurden. Zuerst dachte ich: Mensch, Minister Steinbrück hält durch und auch die Kollegen Schneider und Kampeter halten durch. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Haben wir ja auch!) Als Haushälter will ich sagen – die Kollegin Hajduk hat sicher ähnliche Erfahrungen aus der rot-grünen Regierungszeit –: Mir kommt der Haushaltsausschuss manchmal vor wie

das kleine Dorf in Gallien, das noch nicht von den Ausgabenpolitikern dieser Welt besetzt worden ist.

Aber genau diese Ausgabenpolitiker haben spätestens in dem Moment, in dem Sie, Frau Bundeskanzlerin, zum zweiten Mal gesagt haben, eine kleine Milliarde für die Gesundheitsreform wäre schon drin, langsam und zunächst klammheimlich zur Attacke geblasen, um möglichst viel aus dem Haushalt herauszuholen. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er ist der Barde!)

Das Kabinett, vor allem der Finanzminister, aber auch die Haushaltspolitiker der großen Koalition tragen die Verantwortung für den gesamten Haushalt. Ich will ein Beispiel nennen: Anlässlich der Debatte des Einzelplans 17 habe ich der Familienministerin gesagt, sie müsste eigentlich stellvertretende Finanzministerin sein; denn sie muss am Ende einer Legislaturperiode den Kindern erklären, warum jetzt noch mehr Schulden auf ihren Schultern lasten. Mit diesem Amt hätte sie eine hervorragende Aufgabe. Die Ministerin hat erwidert – ich kann das verstehen; ich will auch nicht sagen, dass ich das für schlecht halte –: Sie müssen das verstehen, ich bin für die Kinder, die Senioren, die Frauen, die Jugend und die Familien zuständig, aber die Finanzpolitik, damit auch das Schuldenmachen, überlasse ich Herrn Steinbrück. (Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin: So habe ich das nicht gesagt!) – Ich verkürze das; Sie können das klarstellen. Wir können uns auch das Protokoll anschauen.

Das Entscheidende ist: Kinder können auf Schuldenbergen nicht spielen. Deswegen: Unterstützen Sie den Minister und diejenigen, die wirklich sparen wollen!

(Beifall bei der FDP) Zu den vertanen Chancen. Ich glaube Ihnen, dass Sie die **Sozialsysteme** reformieren wollen; aber Sie wissen nicht, wie Sie das bezahlen sollen. (Beifall der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Auch ich will, dass es jedem Menschen so gut wie irgend möglich geht. Aber ich möchte auch, dass es ihm dauerhaft gut geht. Daher möchte ich ihm nur versprechen, was ich auch halten kann.

Ein weiterer Punkt ist die Rente. Ganz Deutschland meint, die **Rente mit 67** sei schon beschlossen. Kompliment, Herr Müntefering! Dabei liegt noch gar nichts Verbindliches vor. Jede Woche hören wir neue Vorschläge, in welchen Bereichen die Rente mit 67 nicht oder erst später gelten darf. Wir werden noch erleben, dass von den Einsparungen, die wir erzielen wollten, letztlich nur sehr wenig übrig bleibt.

Auch über die **Gesundheit** gab es bisher nur viel Gerede. Man könnte sagen: Viel Lärm um nichts. Bisher liegen keine wirklichen Ergebnisse vor, außer dass es zu 1 Milliarde Euro an Mehrbelastungen kommen wird.

Darauf werde ich gleich noch eingehen. Ich habe gerade schon im Hinblick auf die Zwischenfrage ausgeführt, dass es bezüglich der Instrumente auf dem **Arbeitsmarkt** heute in einer Meldung hieß: Wir brauchen tatsächlich 2 Milliarden Euro mehr für das Arbeitslosengeld II. Im nächsten Jahr werden wir sicherlich Ähnliches hören.

Was ist mit der **Pflege**? Hier heißt es, die Probleme seien durch die 400 Millionen Euro Mehreinnahmen gelöst. Das Problem besteht aber darin, dass wir das Geld gar nicht haben. Faktisch sind es nämlich keine Mehreinnahmen.

heißt aber: Wir brauchen keine Veränderungen. Wir sind auf dem richtigen Weg. – Das Problem ist: Sie mögen ja auf dem richtigen Weg sein, Sie sind aber noch nicht losgefahren. (Beifall bei der FDP sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Föderalismusreform I** ist immer wieder angesprochen worden. Dazu will ich Folgendes sagen: Hat sie Einsparungen oder klare Aufteilungen gebracht? Fragen Sie einmal in Ihrem Kabinett herum: Liebe Minister, welche Referate habt ihr geschlossen?

Wo braucht ihr weniger Leute, weil die Zuständigkeit nicht mehr bei euch liegt? (Dirk Niebel [FDP]: Müntefering hat doch ein Nebenzkanzleramt aufgemacht!)

Sie werden erfahren, dass kein Referat geschlossen wurde, obwohl man weniger Zuständigkeiten hat. Das Gegenteil ist der Fall. Der Bundesrat sagt: Ich habe genauso viel zu tun wie bisher. Die Länder sagen: Wir haben mehr zu tun und stellen mehr Personal ein. Auch die Landesparlamente sagen: Aufgrund der Föderalismusreform haben wir mehr zu tun und brauchen daher mehr Leute.

Es ist genau das Gegenteil von dem eingetreten, was wir mit der Föderalismusreform erreichen wollten. (Beifall bei der FDP)

Zu den Risiken. Wenn man einen Haushalt beschließt – das ist wichtig, zu sagen –, weiß man nicht, was am Ende herauskommt. Das Schöne an der Zukunft ist ja gerade, dass sie uns immer wieder überrascht. In diesem Jahr sind wir positiv überrascht; im nächsten Jahr wird sie uns möglicherweise, was keiner von uns will, negativ überraschen.

Die **Zinslast** beträgt 40 Milliarden Euro. Sie steigt in jedem der folgenden Jahre dieses Finanzplanes – Herr Steinbrück, das haben Sie nicht gesagt – um 1,6 Milliarden Euro. Wir können nichts dagegen tun, das Geld müssen wir aber irgendwo hernehmen. Sie müssen in jedem Jahr 1,6 Milliarden Euro erwirtschaften.

Das **Elterngeld** wird eingeführt und bedeutet einen Aufwuchs. Das Elterngeld ist zwar eine gute Sache, wir wissen aber noch nicht, was uns erwartet.

**Hartz IV.** Wegen der so genannten Aufstocker gibt es einen Aufwuchs um 2,3 Milliarden Euro. Infolge der Gerichtsentscheidungen müssen wir mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von ungefähr 1,4 Milliarden Euro rechnen. Herr Müntefering, Sie wissen ganz genau, dass noch sehr viele Gerichtsentscheidungen folgen werden.

Ich bin froh, dass das Bundessozialgericht gestern entschieden hat, dass wenigstens die Regelung zu den Grundleistungen mit der Verfassung vereinbar ist.

Zu **ERP**, worüber zurzeit viel gesprochen wird. Herr Steinbrück, Sie haben gesagt, dass der Bund zusätzliche Schulden in Höhe von 19,6 Milliarden Euro aufnimmt.

Das ist zwar richtig, wir übernehmen aber zusätzlich noch 14 Milliarden Euro. Für mich ist das ein Verstoß gegen Art. 115 des Grundgesetzes.

(Beifall der Abg. Birgit Homburger [FDP])

Wenn Sie die entsprechende Schuld übernehmen, beträgt die Neuverschuldung im nächsten Jahr nicht 19,6 Milliarden Euro, sondern – klassisch – circa 34 Milliarden Euro. Dem mögen zwar Forderungen gegenüberstehen; Sie wissen doch aber ganz genau, dass Sie diese Forderungen im Haushalt nicht vorfinden werden.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zur **Gesundheit** sagen. Sie haben im Ausschuss gesagt, Sie würden für die Versicherung der Kinder in der gesetzlichen Krankenversicherung Mittel bereitstellen. Der Staatssekretär im Gesundheitsministerium hat demgegenüber gesagt, dieses Geld sei für gesamtgesellschaftliche Aufgaben vorgesehen.

Ich bitte das Kabinett, insbesondere die Gesundheitsministerin, eine klare Antwort auf die Frage zu finden, ob diese zusätzlichen Mittel, die über Steuern finanziert werden, nun für die Versicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung vorgesehen sind oder nicht. Die Gesundheitsministerin sollte ehrlich zugeben, dass das Geld nur für die in der gesetzlichen Krankenkasse versicherten Kinder vorgesehen ist. Das möchte ich hier hören; denn das wäre verfassungswidrig. (Beifall bei der FDP)

Zur **mittelfristigen Finanzplanung**. Ich gehe davon aus, dass der Kollege Kampeter die Frage klären wird, ob wir die Maastrichtkriterien wirklich einhalten werden und wir das strukturelle Defizit jedes Jahr um 0,5 Prozentpunkte senken werden.

Herr Steinbrück, ich habe Ihre Äußerungen als Zusage gedeutet. Sie wollten aber nicht sagen, wann wir Ihrer Meinung nach keine Verschuldung mehr haben werden. Das halte ich für richtig und verantwortungsvoll, weil man den Leuten sonst Sand in die Augen streut. Was haben Sie aber heute – laut Tickermeldung – im Radio erklärt? Diese Legislaturperiode keine weiteren Steuererhöhungen. Ich halte hier also noch einmal fest: Steinbrück erklärt: Keine weiteren Steuererhöhungen in dieser Legislaturperiode. Das kann natürlich bedeuten, dass die Legislaturperiode nicht mehr so lang ist. (Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sich in die Reihen der CDU/CSU-Fraktion gesetzt; wahrscheinlich, weil Sie Herrn Kauder die Sache mit dem Tresen und Herrn Struck noch einmal erklären wollen. Im ersten Buch Mose gibt es eine sehr interessante Geschichte über die sieben fetten und die sieben mageren Kühe. Wir befinden uns jetzt, jedenfalls was Wirtschaftswachstum und anderes angeht, in den fetten Jahren. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir genug in unseren Speichern haben, wenn die mageren Jahre wieder kommen. Sie brauchen dazu keinen Joseph, der Ihnen das, wie in der Bibel, erklärt. Sie brauchen eine vorausschauende Planung und einen Haushalt, der dafür sorgt, dass man Vertrauen in die Zukunft haben kann. Sie brauchen das Vertrauen Bürger und Sie müssen ihnen das Vertrauen zurückgeben. Das ist Ihre Verantwortung! Werden Sie ihr gerecht! Sorgen Sie für bessere Haushalte! Herzlichen Dank. (Beifall bei der FDP)